

Frachtzentrum: Ungereimtheiten und viele Fragen

Gemeinderat Bodenheim bemängelt Informationsdefizit zu Postprojekt / Achatz auf „Meinungsfindung“

Kip. BODENHEIM — Der beabsichtigte Bau eines Frachtzentrums der Bundespost im Bodenheimer/Nackender Unterfeld hat im Gemeinderat von Bodenheim für erheblichen Wirbel gesorgt. Dabei versagte die Mehrheit des Rates einem Antrag der Sozialdemokraten auf grundsätzliche Schaffung des Bau-rechtes für das Frachtzentrum die Zustimmung.

Mit dem Antrag wollte die SPD nach Aussagen von Fraktionssprecher Thomas Glück die Weichen für weitere Gespräche stellen. Werfe man negative und positive Einflüsse in die Waagschale, gebe die SPD den Vorteilen eine größere Gewichtung.

Glück verdeutlichte aber, daß vor allem die Verkehrsprobleme vor einer Verwirklichung des Projektes besondere Beachtung finden müßten.

Als reine Willensbekundung, „das Gespräch darüber aufzunehmen, ob überhaupt, wie und unter welchen Bedingungen dieses große Projekt der Deutschen Bundespost, das von der Landesregierung so vehement unterstützt wird, realisiert werden kann“, verstand Bürgermeister Achatz den Antrag. Der Bürgermeister betonte, daß er erst dann bereit sei, dem Gemeinderat und den Ausschüssen entscheidungsrelevante Unterlagen vorzulegen, wenn ein

zeitliches Verwirklichungskonzept Realitätschancen habe.

Die Beschlußfassung des Nackender Rates stelle viele Fragen in den Raum, die untersucht werden müßten. Aus diesem Grund finde am 14. April ein Gespräch im Mainzer Wirtschaftsministerium statt. Achatz erklärte zudem, daß er in wenigen Tagen zur „weiteren Meinungsfindung“ den Rohbau des Postfrachtzentrums in Hagen besichtigen wolle.

In einer ausführlichen Rede erläuterte CDU-Fraktionssprecher Josef Hubel seine Bedenken gegen das Frachtzentrum. Hubel kritisierte nicht nur die Tatsache, daß die erforderliche

Ausgleichsfläche für den Bau in der Nachbargemeinde ausgewiesen werden solle, er gab auch die enorme Verkehrsbelastung und die Eingriffe in die Natur zu bedenken.

Einzig der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und der vagen Chance einer schnelleren Verwirklichung der Umgehungsstraße konnte Hubel Positives abgewinnen. Doch selbst hier machte der Christdemokrat Einschränkungen. Schließlich sei bei den angeführten Arbeitsplätzen nicht ersichtlich, „ob darunter auch welche gezählt wurden, die an anderen Stellen wegfallen“.

Aufgrund offener Fragen sah sich Herbert Engel für die FWG außer-

stande, dem Antrag der SPD zuzustimmen. Im enormen Landschaftsverbrauch und der Belastung der Straßen sah der Fraktionssprecher die Hauptprobleme und empfahl eine Expertenanhörung.

Zu guter Letzt sorgte die GAL noch für Aufregung. Gernot Klöckner warf der Verwaltung unzumutbare Informationspolitik vor und unterstellte dem Bürgermeister, daß er Unterlagen in Sachen Frachtzentrum bewußt zurückhalte. Als Achatz dem widersprach, meinte Klöckner: „Dann lügen Sie.“ Der SPD-Antrag wurde schließlich mit zwei Enthaltungen an die Ausschüsse verwiesen.